

Josef Baumgartner, Serguei Kaniovski, Simon Loretz, Stefan Schiman

# Wachstum schwächt sich ab

## Mittelfristige Prognose der österreichischen Wirtschaft bis 2023

### Wachstum schwächt sich ab. Mittelfristige Prognose der österreichischen Wirtschaft bis 2023

Die Weltwirtschaft dürfte den Konjunkturrückgang 2018 erreicht haben. In den nächsten Jahren wird eine Abschwächung der Dynamik erwartet. Im Durchschnitt der Prognoseperiode 2019/2023 wird Österreichs Wirtschaft um 1,7% pro Jahr wachsen (2014/2018 +1,9% p. a.), um rund ¼ Prozentpunkt über dem Durchschnitt des Euro-Raumes. Die Entlastung der privaten Haushaltseinkommen durch den Familienbonus wird die Konsumnachfrage vor allem in den Jahren 2019 und 2020 unterstützen. Im Prognosezeitraum wird von einem durchschnittlichen Wachstum des privaten Konsums von 1,7% pro Jahr ausgegangen (2014/2018 +1,1% p. a.). Bis einschließlich 2020 wird die Beschäftigung konjunkturbedingt deutlicher ausgeweitet als das Arbeitskräfteangebot. Die Arbeitslosenquote geht damit auf 7,2% zurück. Ab 2021 dürfte das Arbeitskräfteangebot aber wieder stärker als die Nachfrage zunehmen, sodass sich die Arbeitslosenquote bis zum Ende des Prognosezeitraumes auf 7,5% erhöht. Der Inflationsdruck bleibt mittelfristig mäßig, und das Inflationsdifferential zum Euro-Raum sollte sich weiter verringern. Das WIFO rechnet mit einer Inflationsrate gemäß Verbraucherpreisindex von durchschnittlich 2,0% p. a. Aufgrund des prognostizierten Konjunkturverlaufes und der angenommenen wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen wird der Finanzierungssaldo der öffentlichen Haushalte über die Prognoseperiode positiv sein. Daraus abgeleitet geht die Staatsschuldenquote (Verschuldung des Gesamtstaates in Prozent des nominalen BIP) gegenüber dem Jahr 2018 bis 2023 um rund 14,5 Prozentpunkte auf 60% zurück.

### Economic Growth Loses Momentum. Medium-term Forecast for the Austrian Economy Until 2023

The world economy is likely to have reached a cyclical peak in 2018, from which a gradual downturn is expected for the years to come. Over the forecast period 2019-2023, Austria's economy is projected to grow at an annual average 1.7 percent, slightly down from the 1.9 percent for the period 2014-2018, but exceeding the euro area average by about ¼ percentage point. Private household incomes will benefit from the introduction of a "Familienbonus" (income tax relief for households with children), which should support consumer demand mainly in 2019 and 2020. Over the entire forecast horizon, private consumption is expected to increase by 1.7 percent on annual average, after +1.1 percent p.a. 2014-2018. Thanks to benign cyclical conditions, the creation of new jobs will outpace labour supply growth until 2020, taking the unemployment rate down to 7.2 percent. Thereafter, the labour force may again expand faster than labour demand, with the unemployment rate edging up to 7.5 percent by 2023. Inflation pressure is set to stay moderate over the medium term, such that the positive gap of domestic inflation vis-à-vis the euro area should close. The consumer price index is anticipated to rise by an average 2 percent p.a. Under the projected business cycle scenario and the underlying no-policy-change assumptions, the general government balance should be positive over the entire period. Hence, the public debt ratio (general government debt as a percentage of nominal GDP) should fall from 2018 to 2023 by around 14.5 percentage points to the benchmark value of 60 percent.

#### Kontakt:

**Mag. Dr. Josef Baumgartner:** WIFO, 1030 Wien, Arsenal, Objekt 20, [josef.baumgartner@wifo.ac.at](mailto:josef.baumgartner@wifo.ac.at)  
**Priv.-Doz. Mag. Dr. Serguei Kaniovski:** WIFO, 1030 Wien, Arsenal, Objekt 20, [serguei.kaniovski@wifo.ac.at](mailto:serguei.kaniovski@wifo.ac.at)  
**Dr.habil. Simon Loretz:** WIFO, 1030 Wien, Arsenal, Objekt 20, [simon.lorenz@wifo.ac.at](mailto:simon.lorenz@wifo.ac.at)  
**Stefan Schiman, MSc:** WIFO, 1030 Wien, Arsenal, Objekt 20, [stefan.schiman@wifo.ac.at](mailto:stefan.schiman@wifo.ac.at)

**JEL-Codes:** E32, E37, E66 • **Keywords:** Mittelfristige Prognose, Makroökonomie, Öffentliche Haushalte, Österreich

Zu den Definitionen siehe "Methodische Hinweise und Kurzglossar", in diesem Heft und <http://www.wifo.ac.at/wwadocs/form/WIFO-Konjunkturberichterstattung-Glossar.pdf>.

**Begutachtung:** Christoph Badelt, Julia Bock-Schappelwein, Stefan Ederer • **Wissenschaftliche Assistenz:** Christine Kaufmann ([christine.kaufmann@wifo.ac.at](mailto:christine.kaufmann@wifo.ac.at)), Maria Riegler ([maria.riegler@wifo.ac.at](mailto:maria.riegler@wifo.ac.at))

Als kleine (sehr) offene Ökonomie wird die österreichische Wirtschaft stark von der Entwicklung der wichtigsten Handelspartner beeinflusst. Über den Prognosezeitraum 2019/2023 wird eine Abschwächung der internationalen Konjunktur erwartet, der sich die österreichische Wirtschaft nicht entziehen kann. Die im Vergleich mit dem Durchschnitt des Euro-Raumes günstigere Ausgangssituation im Jahr 2018 (Scheiblecker, 2018) und der expansive Effekt einer Ausweitung von familienpolitischen Maßnahmen (Einführung des Familienbonus ohne vollständige Gegenfinanzierung; Baumgartner et al., 2018) wirken vor allem in den Jahren 2019 und 2020 dem internationalen Sog entgegen und mildern die Abkühlung in Österreich relativ zum Euro-Raum etwas.

Unter der "No-Policy-Change"-Annahme<sup>1)</sup>, die dieser Prognose zugrunde liegt, und dem dargestellten Konjunkturszenario würden sich der öffentliche Haushaltssaldo und die Staatsschuld verringern.

Die vorliegende mittelfristige Prognose für die Weltwirtschaft und Österreich baut bis einschließlich 2019 auf der kurzfristigen Prognose des WIFO vom Oktober 2018 auf (Scheiblecker, 2018, in diesem Heft). Die mittelfristige Einschätzung der Weltwirtschaftsentwicklung in den Jahren 2020 bis 2023 wurde mit Hilfe des makroökonomischen Weltmodells von Oxford Economics (Global Economic Model) erstellt<sup>2)</sup>. Die Prognose für Österreich erfolgte auf Basis dieses internationalen Szenarios und der Annahmen zur Wirtschaftspolitik mit dem makroökonomischen Modell des WIFO (Baumgartner – Breuss – Kaniowski, 2005). Sie berücksichtigt die Einführung des Familienbonus im Jahr 2019 (Fink – Rocha-Akis, 2018). Im Regierungsprogramm (Bundeskanzleramt, 2017, Bundesministerium für Finanzen, 2018) angekündigte Reformen (Lohn-, Einkommen- oder Körperschaftsteuer, Minderung der Wirkung der kalten Progression) oder etwaige zusätzliche Ausgabenprogramme werden in dieser Prognose nicht berücksichtigt, da auf Basis der vorliegenden Informationen weder Ausgestaltung und Umfang noch der Zeitrahmen oder Maßnahmen zur Gegenfinanzierung ausreichend präzisiert sind, um ihre Konjunkturreffekte quantifizieren zu können.

## 1. Internationale Rahmenbedingungen

### 1.1 USA: Vermögenspreiskorrektur als Konjunkturrisiko

In den USA hält der Konjunkturaufschwung bereits sehr lange an: Die Produktion expandiert heuer das neunte Jahr in Folge; seit 2010 wuchs die Wirtschaft um durchschnittlich gut 2,2% pro Jahr. Dadurch sank die Arbeitslosenquote von 10% im Oktober 2009 auf ihren bisher niedrigsten Wert von unter 4%. Die Aktienbewertungen sind sehr hoch. Dazu trugen die günstige Gewinnlage und die seit der Finanzmarktkrise 2007/08 äußerst expansive Geldpolitik bei. Von Ende 2008 bis Ende 2015 betrug der Leitzinssatz 0% bis 0,25%, und bis November 2014 kaufte die Zentralbank Wertpapiere im Wert von insgesamt rund 4,5 Bio. \$. Die Ankündigung der Fed im Sommer 2013, das Anleiheankaufprogramm auslaufen zu lassen, zog hohe Kapitalabflüsse nach sich und löste Finanzmarkt- und realwirtschaftliche Turbulenzen in den Schwellenländern aus. Seither verläuft die allmähliche Normalisierung der Geldpolitik zwar friktionsfrei; die äußerst hohen Aktienbewertungen in den USA, die nach der Präsidentschaftswahl im November 2016 und der Unternehmenssteuersenkung nochmals anzogen, bergen jedoch das Potential für eine Abwärtskorrektur in sich. Eine solche würde mit einem Konjunkturabschwung und einem Anstieg der Arbeitslosigkeit einhergehen, da Veränderungen der Vermögenspreise die private Nachfrage in den USA erfahrungsgemäß relativ stark beeinflussen. Abgesehen von diesem Risiko sind die grundlegenden Wachstumsaussichten jedoch intakt. Die private Verschuldung in Prozent des BIP verringerte sich seit der Wirtschaftskrise deutlich (insbesondere die Immobilienkredite in Prozent des BIP), und die Erwerbsbevölkerung expandiert. Auf Basis dieser Fundamentaldaten wird für die USA mit einer relativ stabilen mittelfristigen Wachstumsrate von 1,8% p. a. gerechnet.

### 1.2 Euro-Raum: Unterauslastung geht zurück – straffere Geldpolitik

Im Euro-Raum stagniert die Erwerbsbevölkerung im Prognosezeitraum, das Wachstumspotential ist daher geringer als in den USA. Die Konjunktur hat noch Aufholpotential, da die Arbeitslosenquote deutlich höher ist (8,1% im August 2018). Sehr hoch ist sie noch immer in Spanien (August 2018: 15,2%) und Griechenland (Juli 2018: 19,0%),

<sup>1)</sup> In den WIFO-Prognosen wird eine No-Policy-Change-Annahme getroffen. Sie berücksichtigt im Allgemeinen nur bereits beschlossene Gesetze und Verordnungen. In bestimmten Fällen werden auch Maßnahmen, die noch nicht formal beschlossen sind, einbezogen, etwa wenn der Verhandlungs- oder Gesetzwerdungsprozess schon sehr weit fortgeschritten ist (Gesetzesentwürfe in Begutachtung, in manchen Fällen auch Ministerratsbeschlüsse, wenn eine stabile Mehrheit im Parlament sehr wahrscheinlich erscheint) und hinreichend detailliert vorliegt, um eine quantitative Einschätzung zu ermöglichen.

<sup>2)</sup> Das Weltmodell von Oxford Economics (Global Economic Model) umfasst insgesamt 80 Länder, darunter China, die USA, die meisten EU-Länder, Indien, Japan, Russland und Brasilien in hohem Detailgrad.

und auch in Italien (August 2018: 9,7%) liegt sie noch über dem Vorkrisenniveau. Die Kerninflationsrate betrug 2018 +1,2% (Jänner bis September; 2017 +1,1%) – auch das ist ein Hinweis auf eine geringe effektive Nachfrage im Euro-Raum. Die Konjunktur verlor nach einer Belebung im Vorjahr wieder an Schwung. Die Unterauslastung dürfte aber mittelfristig abgebaut werden, sodass die Wirtschaft um durchschnittlich 1,4% p. a. wächst, wobei mit einem tendenziellen Rückgang der Wachstumsrate gerechnet wird.

Die Geldpolitik ist im Euro-Raum nach wie vor expansiv ausgerichtet und trägt zur Konjunkturbelebung bei. Der Hauptrefinanzierungssatz der EZB liegt seit März 2016 bei 0%, der Einlagensatz bei –0,4% und der Spitzenrefinanzierungssatz bei 0,25%. Die EZB kauft seit März 2015 öffentliche und private Anleihen auf dem Sekundärmarkt, um die langfristigen Zinssätze niedrig zu halten ("quantitative Lockerung"). Das Ankaufvolumen wird ab Oktober 2018 von 30 Mrd. € pro Monat auf 15 Mrd. € verringert und läuft mit Jahresende aus. Aus dem angekauften Bestand aushaftende Wertpapiere werden aber (vorläufig) ersetzt. Insgesamt wurden von März 2015 bis September 2018 Käufe von rund 2,5 Bio. € getätigt.

Im Prognosezeitraum wird die Geldpolitik einen weniger expansiven Kurs einschlagen. Dem Ende des Anleihekaufprogrammes im Dezember 2018 wird voraussichtlich in der zweiten Jahreshälfte 2019 ein erster Zinsschritt folgen. In der Folge wird mit einem kontinuierlichen Anstieg des Hauptrefinanzierungssatzes auf 2,1% im Jahr 2023 gerechnet. Die Verringerung der monatlichen Anleihekäufe seit April 2017 und die angenommene weitere Straffung der Geldpolitik in den kommenden Jahren werden dazu beitragen, die langfristigen Zinssätze auch im Euro-Raum wieder an das Niveau vor der Finanzmarktkrise 2009 heranzuführen. Für die Sekundärmarktrendite deutscher 10-jähriger Staatsanleihen wird ein Anstieg von 0,4% im Jahr 2018 auf 3,4% im Jahr 2023 erwartet.

### 1.3 Vereinigtes Königreich und Ostmitteleuropa: Wachstumsperspektiven bleiben trotz politischer Risiken günstig

Durch die Entscheidung des Vereinigten Königreiches vom Juni 2016, aus der EU auszutreten, beschleunigte sich die bereits ein halbes Jahr davor beobachtete Pfundabwertung weiter. In der Folge verstärkte sich der Preisauftrieb, und das Wachstum des privaten Konsums verlangsamte sich. Die Investitionsdynamik blieb vorerst überraschend robust, erst im laufenden Jahr schwächte sie sich ab. Offenbar nehmen die Unternehmen die derzeitigen Verhandlungen zur Ausgestaltung des Brexit als größere Unsicherheit wahr als die Entscheidung für den Austritt selbst. Unter der Annahme eines geordneten Ausstieges wird ab 2020 mit einer Konjunkturerholung gerechnet. Die demographische Entwicklung bleibt günstig, die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter nimmt zu. Mittelfristig wird die Wirtschaft um durchschnittlich 1,9% p. a. wachsen, wobei die Rate nach der Brexit-bedingten Flaute ab 2020 im Durchschnitt wieder auf über 2% steigen dürfte.

In den MOEL <sup>53)</sup> expandiert die Wirtschaft derzeit sehr kräftig (2018 BIP real +4¼%), die Arbeitslosenquote sank auf Tiefstwerte. Das geht zum einen auf den wachstumsbedingten Anstieg der Beschäftigungsnachfrage und zum anderen auf angebotsseitige Effekte zurück: Viele Personen im erwerbsfähigen Alter sind in andere EU-Länder emigriert. Die dadurch entstandene Arbeitskräfteknappheit trägt zu kräftigen Lohnerhöhungen und höherem Konsumwachstum bei. Zudem wird immer noch der Investitionsstau von 2016 abgebaut, der durch Verzögerungen im Übergang zum aktuellen mehrjährigen EU-Budget ausgelöst wurde. Da sich die Investitionsdynamik mittelfristig wieder normalisieren und das aktuell sehr kräftige Wachstum des privaten Konsums abflauen dürfte, wird sich die gesamtwirtschaftliche Expansion in den kommenden Jahren voraussichtlich auf durchschnittlich 2,6% p. a. abschwächen.

### 1.4 Resümee der internationalen Entwicklung

In die EU und die USA, nach China und in die Schweiz gehen zusammen rund 85% der österreichischen Ausfuhr. Diese Ländergruppe repräsentiert gemessen am kaufkraft-

*Die EZB wird das Anleihekaufprogramm mit Jahresende 2018 einstellen und in der zweiten Jahreshälfte 2019 beginnen, die Zinssätze anzuhoben.*

<sup>3)</sup> Tschechien, Ungarn, Polen, Slowenien und Slowakei.

bereinigten BIP rund die Hälfte der Weltwirtschaft und expandiert gewichtet mit den heimischen Exportanteilen 2018 um knapp 2,4%. Die Wachstumsstütze bildet die Wirtschaft der USA, deren Dynamik sich nicht zuletzt aufgrund deutlicher Fiskalimpulse erheblich verstärkte. Auf den anderen großen Absatzmärkten, im Euro-Raum, den MOEL 5 und auch in China ließ das Wachstum heuer etwas nach.

Übersicht 1: Internationale Konjunktur

	Gewicht 2017 in %		Ø 2008/ 2013	Ø 2013/ 2018	Ø 2018/ 2023	2018	2019	2020	2021	2022	2023
	Waren- exporte <sup>1)</sup>	Welt-BIP <sup>2)</sup>	BIP real, Veränderung gegen das Vorjahr in %								
EU	69,8	16,5	- 0,2	+ 2,1	+ 1,6	+ 2,2	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,4
Vereinigtes Königreich	2,8	2,3	+ 0,5	+ 2,0	+ 1,9	+ 1,3	+ 1,3	+ 2,0	+ 2,2	+ 2,1	+ 2,0
Euro-Raum	52,2	11,6	- 0,4	+ 2,0	+ 1,4	+ 2,0	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,4	+ 1,3	+ 1,2
Deutschland	30,2	3,3	+ 0,6	+ 2,0	+ 1,3	+ 1,9	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,2	+ 1,1	+ 0,9
Italien	6,4	1,8	- 1,6	+ 0,9	+ 0,9	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,0	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,7
Frankreich	4,9	2,2	+ 0,4	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,3	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,5
MOEL 5 <sup>3)</sup>	14,3	1,6	+ 1,2	+ 3,7	+ 2,6	+ 4,2	+ 2,9	+ 2,8	+ 2,7	+ 2,6	+ 2,1
Tschechien	3,7	0,3	- 0,4	+ 3,6	+ 2,0	+ 3,0	+ 2,5	+ 2,3	+ 1,9	+ 1,8	+ 1,6
Ungarn	3,4	0,2	- 0,8	+ 3,6	+ 2,1	+ 4,3	+ 2,6	+ 2,1	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,0
Polen	3,1	0,9	+ 2,9	+ 3,9	+ 3,0	+ 4,7	+ 3,2	+ 3,1	+ 3,2	+ 3,0	+ 2,3
USA	6,8	15,3	+ 1,1	+ 2,4	+ 1,8	+ 2,7	+ 1,8	+ 1,6	+ 1,8	+ 1,9	+ 1,9
Schweiz	5,3	0,4	+ 1,1	+ 1,8	+ 1,7	+ 3,0	+ 2,0	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,7	+ 1,5
China	2,6	18,2	+ 9,0	+ 6,9	+ 5,5	+ 6,5	+ 6,1	+ 5,7	+ 5,4	+ 5,2	+ 5,0
Insgesamt											
Kaufkraftgewichtet <sup>4)</sup>		50	+ 2,9	+ 3,8	+ 3,1	+ 3,9	+ 3,4	+ 3,2	+ 3,1	+ 3,0	+ 2,9
Exportgewichtet <sup>5)</sup>	84		+ 0,3	+ 2,3	+ 1,8	+ 2,4	+ 1,9	+ 1,9	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,6
			Ø 2009/ 2013	Ø 2014/ 2018	Ø 2019/ 2023	2018	2019	2020	2021	2022	2023
<i>Annahmen zur Prognose</i>											
Erdölpreis											
Brent, \$ je Barrel			94	65	69	74	75	72	68	66	65
Wechselkurs											
Dollar je Euro			1,35	1,17	1,18	1,19	1,15	1,16	1,18	1,19	1,20
Internationale Zinssätze											
EZB-Hauptrefinanzierungssatz <sup>6)</sup> , in %			1,0	0,0	1,0	0,0	0,1	0,4	0,9	1,4	2,1
Sekundärmarktrendite Deutschland, in %			2,3	0,5	2,2	0,4	0,7	1,9	2,4	2,8	3,4

Q: Statistik Austria, Oxford Economics Forecasting, WIFO-Berechnungen. – <sup>1)</sup> Österreichische Warenexporte. – <sup>2)</sup> Kaufkraftgewichtet. – <sup>3)</sup> Tschechien, Ungarn, Polen, Slowenien, Slowakei – <sup>4)</sup> EU, USA, Schweiz, China; Prognose gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt zu Kaufkraftparitäten 2017. – <sup>5)</sup> EU, USA, Schweiz, China; Prognose gewichtet mit den österreichischen Warenexportanteilen 2017. – <sup>6)</sup> Mindestbietungssatz.

Abbildung 1: Wirtschaftsentwicklung ausgewählter Regionen

BIP real, Veränderung gegen das Vorjahr in %



Q: Statistik Austria, Oxford Economics Forecasting, WIFO-Berechnungen. MOEL 5: Tschechien, Ungarn, Polen, Slowenien, Slowakei.

Mittelfristig dürfte die Wirtschaft im Euro-Raum, in Ostmitteleuropa und den USA langsamer expandieren. Im Durchschnitt der Periode 2019/2023 schwächt sich das Wachstum des für den österreichischen Export wichtigsten Teil der Weltwirtschaft exportgewichtet auf 1,8% p. a. ab.

Der Prognose unterliegt die Annahme, dass die Rohölpreise von 74 \$ je Barrel im Jahresdurchschnitt 2018 auf 65 \$ im Jahr 2023 sinken und damit deutlich unter dem Niveau der letzten zehn Jahre (80 \$) bleiben. Für den Wechselkurs des Dollar gegenüber dem Euro wird bis zum Ende des Prognosezeitraumes ein leichter Anstieg auf 1,20 \$ je Euro unterstellt.

## 2. Wachstum in Österreich verlangsamt, aber höher als im Euro-Raum insgesamt

### 2.1 Entlastung der Haushalte stärkt Einkommen und Konsum

Getragen von der internationalen Konjunktur schwächt sich über den Prognosezeitraum die Ausweitung der Exporte und Investitionen und dadurch auch der Wirtschaftsleistung in Österreich ab. Der private Konsum bildet eine Stütze; durch die Entlastung der verfügbaren Haushaltseinkommen (Einführung des Familienbonus) wird die konjunkturbedingte Abschwächung der Konsumnachfrage vor allem in den Jahren 2019 und 2020 abgefedert.

Das Wirtschaftswachstum, das ab Mitte 2016 wieder an Schwung gewann, dürfte 2018 seinen Höhepunkt erreicht haben. Für die Periode 2019/2023 wird auf Grundlage der hier prognostizierten Entwicklung der BIP-Komponenten ein Wachstum der Gesamtwirtschaft von 1¼% pro Jahr prognostiziert (2014/2018 +1,9% p. a.). Das Niveau des realen BIP wird 2023 kumuliert um 0,3% höher sein als in einer Situation ohne die Entlastung der privaten Haushalte durch den Familienbonus (Baumgartner et al., 2018). Die vergleichsweise günstige Entwicklung des inländischen privaten Konsums begründet auch den Wachstumsvorsprung gegenüber dem Durchschnitt des Euro-Raumes. Die nominelle Wirtschaftsleistung wird jährlich um 3,7% zunehmen (2014/2018 +3,6% p. a.).

Von den Wachstumsaussichten vor allem im Euro-Raum, den MOEL 5 und den USA (Kapitel 1) wird die österreichische Exportwirtschaft am stärksten beeinflusst. In den Jahren 2019/2023 wird die Ausfuhr voraussichtlich real um 3,5% pro Jahr ausgeweitet (2014/2018 +3,7% p. a.).

Vor dem Hintergrund der anhaltenden Unsicherheit dürfte Österreich von der Verlagerung internationaler Tourismusströme zu sicheren Destinationen weiterhin profitieren. Für die von der inländischen Entwicklung getragenen realen Importe wird eine ähnliche Dynamik erwartet. Die deutlichere Abschwächung der inländischen Wirtschaftsdynamik ab 2021 wirkt über die sehr konjunkturreaktive und in hohem Maße importierte Nachfrage (Ausrüstungsinvestitionsgüter) am stärksten auf den Importrückgang. Insgesamt wird daher der Außenhandel weiterhin einen positiven Beitrag zum Wirtschaftswachstum leisten (+3,5% des BIP).

Die Ausrüstungsinvestitionen (einschließlich der sonstigen Investitionen) werden aufgrund der guten Konjunktur 2018 und 2019 voraussichtlich mit +4,3% bzw. +3,7% noch deutlich zunehmen. Die Abschwächung des Wachstums ab 2021 bremst die im Allgemeinen sehr konjunkturreaktive Nachfrage nach Ausrüstungsinvestitionen (2019/2023 +2,8% p. a., 2014/2018 +3,9% p. a.).

Die privaten Wohnbauinvestitionen sollten weiterhin von der Bevölkerungszunahme (2019/2023 kumuliert knapp +2½%; Bevölkerungsprognose von Statistik Austria) bzw. dem Anstieg der Zahl privater Haushalte (+3,9% laut Statistik Austria) sowie den nach wie vor hohen Immobilienpreissteigerungen (2011/2017 +5,8% p. a.; laut Statistik Austria, Häuserpreisindex) getragen werden. Für die kommenden Jahre wird eine wesentlich raschere Ausweitung der Wohnbautätigkeit angenommen als in den letzten Jahren (2010/2017 +1,1% p. a., 2001/2017 ohne 2009 +0,1% p. a.). Auf Basis der mittelfristigen Investitionspläne von BIG, Asfinag und ÖBB dürften sich die Tiefbauinvestitionen weiterhin verhalten entwickeln. Die gesamte Bautätigkeit wird daher 2019/2023 mit jährlich +1,3% nur gedämpft expandieren.

Getragen von der Entwicklung des privaten Konsums (+1,7% p. a.) expandiert die heimische Wirtschaft 2019/2023 ebenfalls um 1,7% p. a.



Übersicht 2: Hauptergebnisse der mittelfristigen Prognose für Österreich

	Ø 2008/ 2013	Ø 2013/ 2018	Ø 2018/ 2023	2018	2019	2020	2021	2022	2023
	Veränderung in % p. a.								
Bruttoinlandsprodukt									
Real	+ 0,3	+ 1,9	+ 1,7	+ 3,0	+ 2,0	+ 2,0	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,5
Nominell	+ 2,0	+ 3,6	+ 3,7	+ 4,7	+ 4,1	+ 3,9	+ 3,5	+ 3,5	+ 3,2
Verbraucherpreise	+ 2,0	+ 1,5	+ 2,0	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,0	+ 1,9
BIP-Deflator	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,9	+ 1,7	+ 2,1	+ 1,9	+ 1,9	+ 1,9	+ 1,7
Lohn- und Gehaltssumme <sup>1)</sup>	+ 2,7	+ 3,6	+ 3,5	+ 4,8	+ 3,8	+ 3,7	+ 3,6	+ 3,3	+ 3,1
Pro Kopf, real <sup>2)</sup>	- 0,2	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,2
Unselbständig Beschäftigte laut VGR <sup>3)</sup>	+ 0,9	+ 1,6	+ 1,2	+ 2,2	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,0
Unselbständig aktiv Beschäftigte <sup>4)</sup>	+ 0,7	+ 1,5	+ 1,2	+ 2,5	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,3	+ 1,1	+ 1,0
	Ø 2009/ 2013	Ø 2014/ 2018	Ø 2019/ 2023	2018	2019	2020	2021	2022	2023
	In %								
Arbeitslosenquote									
In % der Erwerbspersonen <sup>5)</sup>	5,0	5,5	4,5	4,8	4,5	4,4	4,5	4,5	4,6
In % der unselbständigen Erwerbspersonen <sup>6)</sup>	7,1	8,5	7,3	7,7	7,3	7,2	7,3	7,4	7,5
	In % des BIP								
Außenbeitrag	3,1	3,4	3,5	3,2	3,4	3,4	3,5	3,5	3,5
Finanzierungssaldo des Staates laut Maastricht-Definition	- 3,3	- 1,2	+ 0,4	- 0,1	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,4
Zyklisch bereinigter Budgetsaldo									
Methode der Europäischen Kommission <sup>7)</sup>	- 2,8	- 1,0	+ 0,0 <sup>9)</sup>	- 0,7	- 0,4	- 0,2	+ 0,2	+ 0,5	.
WIFO-Methode <sup>8)</sup>	- 2,6	- 0,9	- 0,1	- 0,7	- 0,6	- 0,5	+ 0,0	+ 0,2	+ 0,3
Struktureller Budgetsaldo									
Methode der Europäischen Kommission <sup>7)</sup>	- 2,6	- 0,6	+ 0,0 <sup>9)</sup>	- 0,7	- 0,4	- 0,2	+ 0,2	+ 0,5	.
WIFO-Methode <sup>8)</sup>	- 2,5	- 0,5	- 0,1	- 0,7	- 0,6	- 0,5	+ 0,0	+ 0,2	+ 0,3
Staatsschuld	81,6	80,9	64,8	74,1	70,5	67,4	64,6	62,0	59,6
	In % des verfügbaren Einkommens								
Sparquote der privaten Haushalte	9,0	7,1	6,9	7,0	6,9	7,1	6,9	6,8	6,8
	Ø 2008/ 2013	Ø 2013/ 2018	Ø 2018/ 2023	2018	2019	2020	2021	2022	2023
	Veränderung in % p. a.								
Trendoutput, real									
Methode der Europäischen Kommission <sup>7)</sup>	+ 0,9	+ 1,5	+ 2,1 <sup>10)</sup>	+ 1,9	+ 1,9	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,0	.
WIFO-Methode <sup>8)</sup>	+ 1,0	+ 1,4	+ 1,9	+ 1,7	+ 1,8	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,0	+ 1,7
	Ø 2009/ 2013	Ø 2014/ 2018	Ø 2019/ 2023	2018	2019	2020	2021	2022	2023
	In % des Trendoutputs								
Outputlücke, real									
Methode der Europäischen Kommission <sup>7)</sup>	- 0,9	- 0,4	+ 0,6 <sup>9)</sup>	+ 1,1	+ 1,1	+ 0,7	+ 0,4	± 0,0	.
WIFO-Methode <sup>8)</sup>	- 1,2	- 0,7	+ 0,8	+ 1,2	+ 1,4	+ 1,3	+ 0,8	+ 0,4	+ 0,1

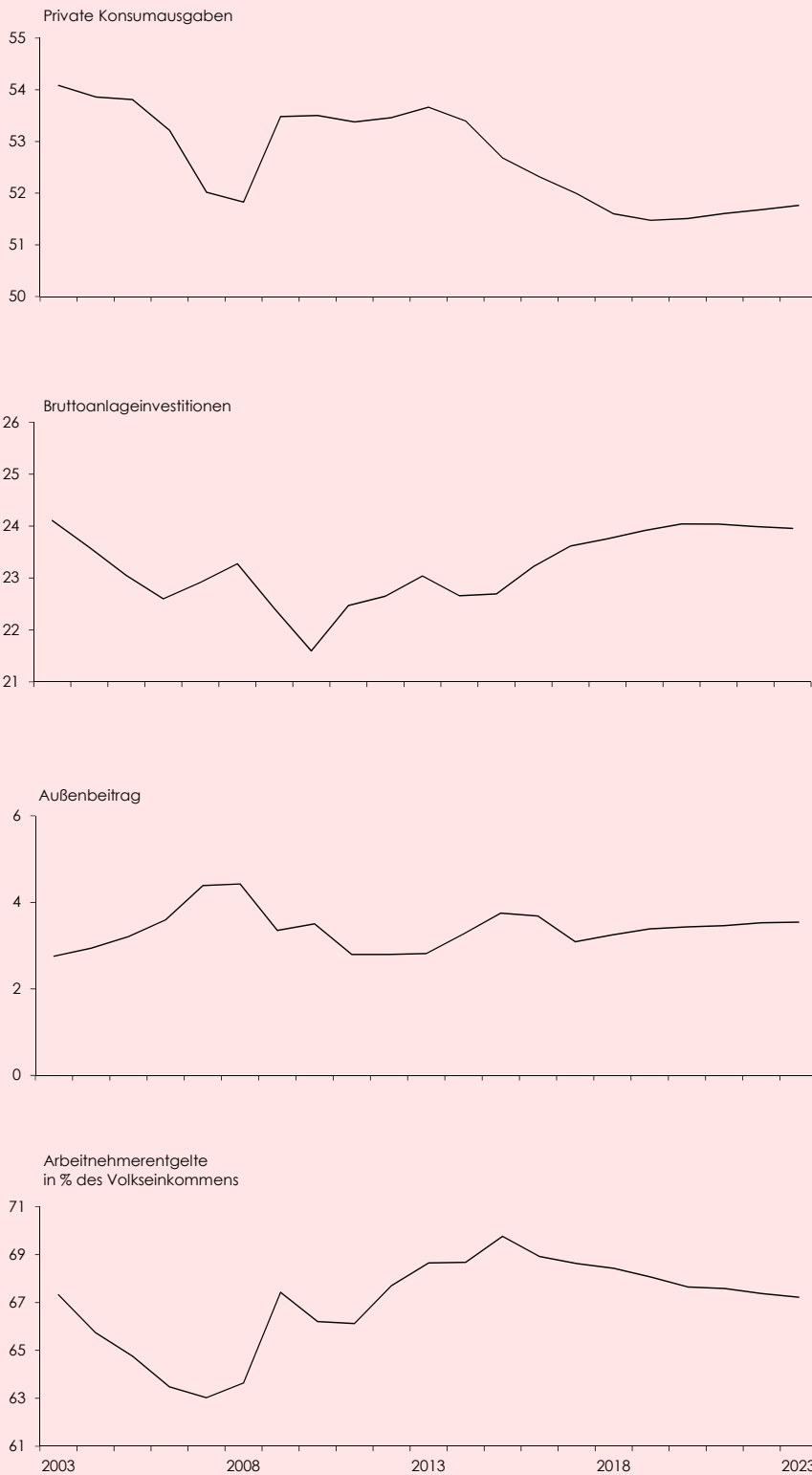
Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – <sup>1)</sup> Brutto, ohne Arbeitgeberbeiträge. – <sup>2)</sup> Beschäftigungsverhältnisse laut VGR, deflationiert mit dem VPI. – <sup>3)</sup> Beschäftigungsverhältnisse. – <sup>4)</sup> Ohne Personen in aufrechtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. – <sup>5)</sup> Laut Eurostat (Labour Force Survey). – <sup>6)</sup> Arbeitslose laut Arbeitsmarktservice. – <sup>7)</sup> WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom Oktober 2018, Parametrisierung gemäß der Prognose der Europäischen Kommission vom Mai 2018. – <sup>8)</sup> WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom Oktober 2018 gemäß Produktionsfunktionsansatz der Europäischen Kommission, aber mit stärkerer Glättung des Trendoutputs und ohne Schließungsrestriktion für die Outputlücke. – <sup>9)</sup> Ø 2019/2022. – <sup>10)</sup> Ø 2018/2022.

Mit dem Zuwachs der verfügbaren Haushaltseinkommen (2019/2023 real +1¼% p. a.) nimmt auch die Konsumnachfrage stärker zu. Der private Konsum dürfte 2019/2023 real um 1,7% pro Jahr ausgeweitet werden (2014/2018 +1,1%) und bleibt eine Stütze der inländischen Nachfrage. Die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte mit Kindern, für die ein Anspruch auf Kinderbeihilfe besteht, werden ab dem Jahr 2019 durch den Familienbonus entlastet (Fink – Rocha-Akis, 2018). Im Jahr 2019 können anspruchsberechtigte unselbständig Beschäftigte bereits über die Lohnverrechnung in den Unternehmen in den Genuss der Entlastung kommen. Die volle Entlastung wird aber erst ab dem Jahr 2020 wirksam, wenn sie auch über die Lohn- und Einkommensteuerveranlagung geltend gemacht wird. Die privaten Haushalte werden den Familienbonus im Jahr 2019 im Ausmaß von 609 Mio. €, 2020 von 1.240 Mio. € (0,3% des nominellen BIP) ansteigend auf 1.562 Mio. € p. a. zum Ende des Prognosezeitraumes in Anspruch nehmen (Baumgartner et al., 2018). Das Wachstum des real verfügbaren

Einkommens verstärkt sich dadurch in den Jahren 2019 und 2020 um jeweils gut 0,3 Prozentpunkte und jenes des realen privaten Konsums um rund 0,2 Prozentpunkte.

Abbildung 2: Nachfrage und Einkommen

In % des BIP, nominell



Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Übersicht 3: Komponenten der realen Nachfrage

	Ø 2008/ 2013	Ø 2013/ 2018	Ø 2018/ 2023	2018	2019	2020	2021	2022	2023
	Veränderung in % p. a.								
Konsumausgaben									
Private Haushalte <sup>1)</sup>	+ 0,7	+ 1,1	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,7	+ 2,0	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,5
Staat	+ 0,7	+ 1,1	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,6	+ 0,8	+ 0,9
Bruttoanlageinvestitionen	- 0,2	+ 2,7	+ 2,1	+ 3,4	+ 2,7	+ 2,8	+ 1,9	+ 1,7	+ 1,5
Ausrüstungen <sup>2)</sup>	+ 1,4	+ 3,9	+ 2,8	+ 4,3	+ 3,7	+ 3,7	+ 2,5	+ 2,2	+ 2,0
Bauten	- 2,0	+ 1,3	+ 1,3	+ 2,3	+ 1,5	+ 1,6	+ 1,1	+ 1,0	+ 1,0
Inländische Verwendung	+ 0,4	+ 1,8	+ 1,6	+ 2,4	+ 1,8	+ 1,9	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,4
Exporte	+ 0,9	+ 3,7	+ 3,5	+ 4,9	+ 3,7	+ 3,6	+ 3,6	+ 3,5	+ 3,3
Importe	+ 1,2	+ 3,8	+ 3,5	+ 4,0	+ 3,5	+ 3,6	+ 3,6	+ 3,4	+ 3,2
Bruttoinlandsprodukt	+ 0,3	+ 1,9	+ 1,7	+ 3,0	+ 2,0	+ 2,0	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,5

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – <sup>1)</sup> Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – <sup>2)</sup> Einschließlich militärischer Waffensysteme und sonstiger Anlagen.

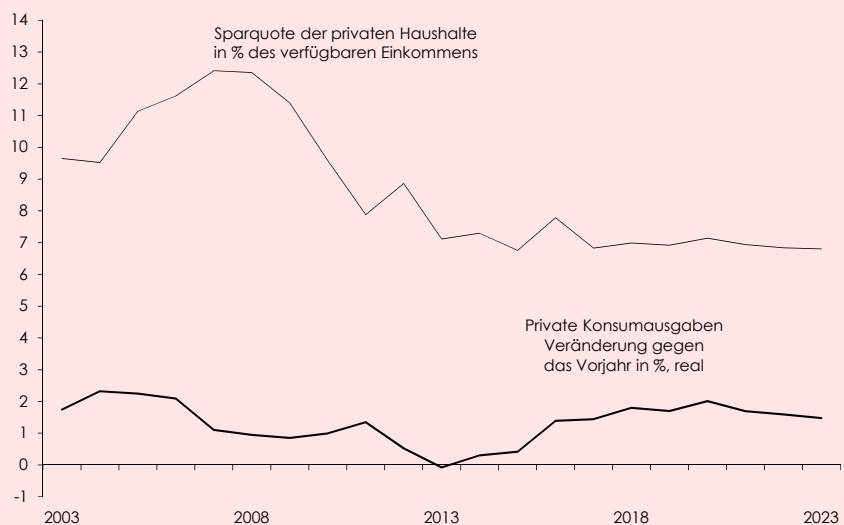
Abbildung 3: Wirtschaftswachstum in Österreich und im Euro-Raum

BIP real, Veränderung gegen das Vorjahr in %



Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Abbildung 4: Konsumausgaben und Sparquote der privaten Haushalte



Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.



Als Folge der Steigerung der Nettolohneinkommen durch die Steuerreform 2016 erhöhte sich die Sparquote 2016 um 1 Prozentpunkt auf 7,8%, da kurzfristig im Allgemeinen nur etwa die Hälfte des zusätzlich verfügbaren Einkommens sofort in den Konsum fließt. Für das Jahr 2020 wird aufgrund der Einführung des Familienbonus ein Anstieg der Sparquote um 0,2 Prozentpunkte auf 7,1% erwartet. Für die Folgejahre wird ein leichter Rückgang von diesem Niveau auf 6,8% im Jahr 2023 angenommen.

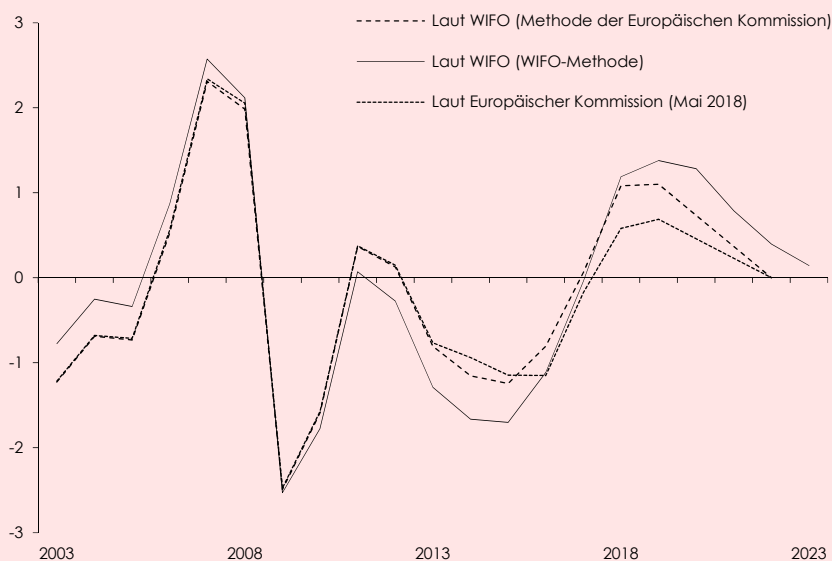
## 2.2 Trendoutput und die Outputlücke

Gemäß der Berechnungsmethode der Europäischen Kommission (siehe Kasten) ist das Trendwachstum in den Jahren 2019 bis 2022 mit +2,1% p. a. um 0,6 Prozentpunkte höher als in der vorangegangenen Fünfjahresperiode (2013/2018 +1,5% p. a.). Die Outputlücke ist seit 2017 positiv (Abbildung 5). Demnach befindet sich die österreichische Wirtschaft seit 2017 in einer Phase überdurchschnittlicher Auslastung. Eine additive Zerlegung des Trendwachstums zeigt ähnlich große Beiträge der TFP, des Arbeitsvolumens und der Kapitalakkumulation. Der Beitrag des Faktors Arbeit ist aufgrund einer Ausweitung des einsetzbaren Arbeitskräfteangebotes höher als in den vorangegangenen fünf Jahren (Übersicht 4).

Die Outputlücke wird sich ausgehend von 1,1% des Trendoutputs im Jahr 2018 gemäß der technischen Annahme bis 2022 schließen. Gegenüber der Schätzung des Trendoutputs im Rahmen der mittelfristigen WIFO-Prognose vom März 2018 ergibt sich für 2016 eine Revision der Wachstumsrate des Trendoutputs von -0,3 Prozentpunkten; ab 2017 ist sie pro Jahr jeweils um 0,1 Prozentpunkt geringer als im März prognostiziert (Baumgartner – Kaniovski, 2018). Die wichtigsten Gründe dieser Revision sind eine langsamere Kapitalakkumulation seit 2017 und eine schwächere Produktivitätsdynamik sowie eine deutliche Revision der Realisierung des Bevölkerungszuwachses im erwerbsfähigen Alter (gemäß Eurostat) für das Jahr 2016 (-0,49 Prozentpunkte). Diese Entwicklungen werden in der Schätzung des Trendwachstums nur teilweise durch den Rückgang der NAWRU kompensiert. Durch die Abwärtsrevision der Wachstumsrate des Trendoutputs beträgt nun die durchschnittliche Outputlücke in der Periode 2018/2022 0,6% des Trendoutputs. Damit ist sie ab 2016 in jedem Jahr höher als gemäß der mittelfristigen Prognose vom März 2018 (Baumgartner – Kaniovski, 2018).

Abbildung 5: Outputlücke

Real, in % des Trendoutputs



Q: Europäische Kommission, WIFO-Berechnungen. WIFO-Methode . . . WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom Oktober 2018 gemäß Produktionsfunktionsansatz der Europäischen Kommission, aber mit stärkerer Glättung des Trendoutputs und ohne Schließungsrestriktion für die Outputlücke. Methode der Europäischen Kommission . . . WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom Oktober 2018, Parametrisierung gemäß der Prognose der Europäischen Kommission vom Mai 2018.

Das Trendwachstum ist laut der alternativen Schätzung (WIFO-Methode) 2019/2023 mit +1,9% p. a. geringer als aufgrund der Methode der Europäischen Kommission (+2,1% p. a.). Die Outputlücke ist daher deutlich höher (Abbildung 5). Sie nimmt bis zum Ende des Prognosezeitraumes ab, ohne sich vollständig zu schließen (2023: 0,1% des Trendoutputs). Die alternative Berechnung liefert einen weniger zyklischen Trendoutput und berücksichtigt die expansiven Effekte der Einführung des Familienbonus auf die Outputlücke.

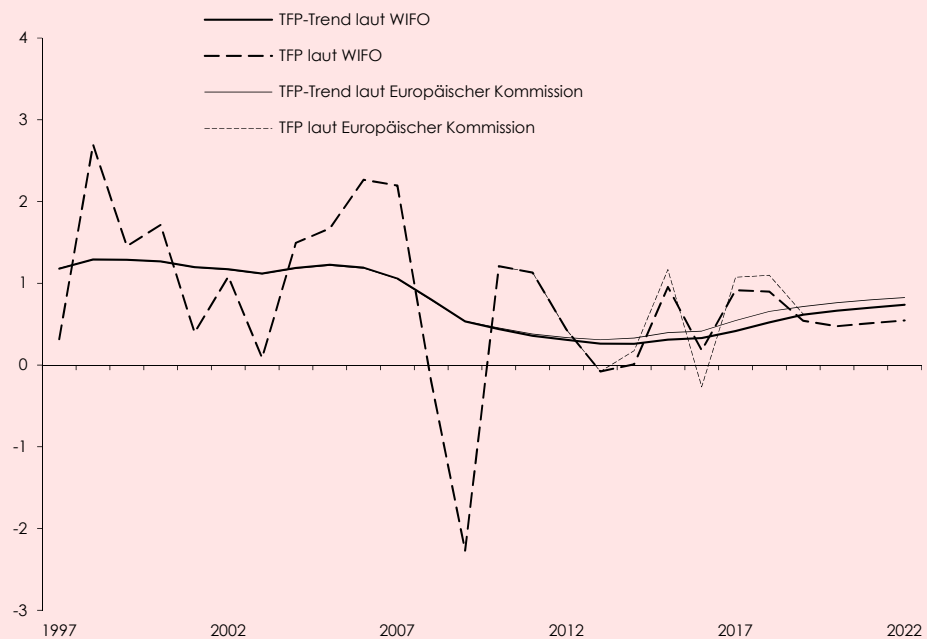
Übersicht 4: Beitrag der Inputfaktoren zum Wachstum des Trendoutputs

		Ø 2009/ 2013	Ø 2014/ 2018	Ø 2019/ 2023	2018	2019	2020	2021	2022	2023
<i>Methode der Europäischen Kommission<sup>1)</sup></i>										
BIP, real (implizit)	Veränderung in % p. a.	+ 0,3	+ 1,9	+ 1,8 <sup>3)</sup>	+ 3,0	+ 2,0	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,7	.
Trendoutput	Veränderung in % p. a.	+ 0,9	+ 1,5	+ 2,1 <sup>3)</sup>	+ 1,9	+ 1,9	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,0	.
Arbeit	Prozentpunkte	+ 0,0	+ 0,6	+ 0,8 <sup>3)</sup>	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,9	+ 0,8	+ 0,6	.
Kapital	Prozentpunkte	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,6 <sup>3)</sup>	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,6	.
Gesamte Faktorproduktivität	Prozentpunkte	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,7 <sup>3)</sup>	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,7	.
Outputlücke, real	in % des Trendoutputs	- 0,9	- 0,4	+ 0,6 <sup>3)</sup>	+ 1,1	+ 1,1	+ 0,7	+ 0,4	± 0,0	.
<i>WIFO-Methode<sup>2)</sup></i>										
BIP, real	Veränderung in % p. a.	+ 0,3	+ 1,9	+ 1,7	+ 3,0	+ 2,0	+ 2,0	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,5
Trendoutput	Veränderung in % p. a.	+ 1,0	+ 1,4	+ 1,9	+ 1,7	+ 1,8	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,0	+ 1,7
Arbeit	Prozentpunkte	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,6	+ 0,3
Kapital	Prozentpunkte	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,6
Gesamte Faktorproduktivität	Prozentpunkte	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,8
Outputlücke, real	in % des Trendoutputs	- 1,2	- 0,7	+ 0,8	+ 1,2	+ 1,4	+ 1,3	+ 0,8	+ 0,4	+ 0,1
<i>Schätzung der Europäischen Kommission (Frühjahr 2018)</i>										
BIP, real	Veränderung in % p. a.	+ 0,3	+ 1,8	+ 2,0 <sup>3)</sup>	+ 2,8	+ 2,2	+ 2,1	+ 2,0	+ 1,9	.
Trendoutput	Veränderung in % p. a.	+ 0,9	+ 1,5	+ 2,2 <sup>3)</sup>	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,3	+ 2,2	+ 2,1	.
Arbeit	Prozentpunkte	- 0,0	+ 0,6	+ 0,7 <sup>3)</sup>	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,9	+ 0,8	+ 0,6	.
Kapital	Prozentpunkte	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,6 <sup>3)</sup>	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,7	.
Gesamte Faktorproduktivität	Prozentpunkte	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,8 <sup>3)</sup>	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,8	.
Outputlücke, real	in % des Trendoutputs	- 0,9	- 0,6	+ 0,3 <sup>3)</sup>	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,2	± 0,0	.

Q: Europäische Kommission, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – 1) WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom Oktober 2018, Parametrisierung gemäß der Prognose der Europäischen Kommission vom Mai 2018. – 2) WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom Oktober 2018 gemäß Produktionsfunktionsansatz der Europäischen Kommission, aber mit stärkerer Glättung des Trendoutputs und ohne Schließungsrestriktion für die Outputlücke. – 3) Ø 2019/2022.

Abbildung 6: Entwicklung der gesamten Faktorproduktivität (TFP)

Veränderung gegen das Vorjahr in %



Q: Europäische Kommission, WIFO-Berechnungen.

### Methodische Grundlagen für die Berechnung des Trendoutputs und der Outputlücke

Mit dem Europäischen Fiskalpakt vereinbarten die EU-Länder die Einhaltung eines über den Konjunkturzyklus ausgeglichenen öffentlichen Haushaltes und den Abbau der Staatsverschuldung. Der Europäische Fiskalpakt wurde in Österreich durch den Stabilitätspakt 2012 umgesetzt und wird seit 2017 in vollem Umfang angewendet (Grossmann – Hauth – Maidorn, 2016). Die Bestimmungen im präventiven Arm des Stabilitäts- und Wachstumspaktes sollen die Mitgliedsländer bei der Einhaltung der Haushaltsziele und der Gestaltung der Fiskalpolitik unterstützen. Die Fiskalpolitik soll durch die Wirkung der automatischen Stabilisatoren antizyklisch wirken, um Konjunkturreffekte auf die Einkommen abzufedern.

Unter "Konjunktur" versteht man Schwankungen der gesamtwirtschaftlichen Auslastung einer Volkswirtschaft. Der Vergleich des tatsächlichen mit dem Trendoutput (in der Terminologie der Europäischen Kommission Potentialoutput) soll helfen, die Konjunkturphase zu bestimmen. Der Ansatz der Europäischen Kommission definiert diesen Trendoutput als jenes Niveau des realen BIP, welches mit konstanter Lohninflation einhergeht. Die Outputlücke als Maß der gesamtwirtschaftlichen Auslastung ist die Abweichung des realen BIP vom Trendoutput in Prozent. Eine positive Outputlücke deutet auf Überauslastung und tendenziell steigenden (Lohn-)Inflationsdruck hin. Bei Unterauslastung sollte der Inflationsdruck nachlassen. Die Outputlücke geht in die Berechnung des konjunkturbereinigten und des strukturellen Finanzierungssaldos der öffentlichen Haushalte ein, für Letzteren werden zusätzlich Einmaleffekte berücksichtigt.

Der Trendoutput ist nicht beobachtbar und muss mittels ökonomischer Modelle aus beobachtbaren Größen geschätzt werden. Die meisten Zeitreihen für diese Schätzung kommen aus der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung von Statistik Austria und Eurostat (bis einschließlich 2017) bzw. aus der aktuellen WIFO-Prognose (2018/19). Das WIFO wendet – neben einer alternativen Methode (siehe unten) – die von der Europäischen Kommission entwickelte Methode zur Berechnung des Trendoutputs an. Diese basiert auf einem Produktionsfunktionsansatz, der auf einer gesamtwirtschaftlichen Ebene die Transformation des Arbeits- und Kapitaleinsatzes in die Wertschöpfung (reales BIP) beschreibt (Havik et al., 2014). Dabei werden das Arbeitsvolumen und die gesamte Faktorproduktivität (Total Factor Productivity – TFP) mit Hilfe von ökonomischen Verfahren um konjunkturbedingte Schwankungen bereinigt. Die zyklische Komponente der TFP wird durch die gemessene Kapazitätsauslastung identifiziert. Um das Arbeitsvolumen in Trend und Zyklus zu zerlegen, werden zunächst die Erwerbsquote und die geleisteten Arbeitsstunden je Erwerbstätigen geglättet. In einem zweiten Schritt wird der Trend der Arbeitslosenquote unter Berücksichtigung einiger kostenseitiger Wettbewerbsfaktoren mit einem Zustandsraummodell geschätzt (Planas – Rossi, 2018). Dieser Trend (Non-accelerating Wage Rate of Unemployment – NAWRU) gibt jenes Niveau der Arbeitslosenquote nach Eurostat-Definition an, bei welchem kein Änderungsdruck auf die Löhne entsteht. In Bezug auf den Kapitaleinsatz wird hingegen von einer ständigen Vollausslastung ausgegangen. Für alle Berechnungen wird die aktuellste Modellparametrisierung (derzeit Mai 2018) der Europäischen Kommission für Österreich verwendet.

Die Methode der Europäischen Kommission liefert eine Prognose des Trendoutputs bis 2022. Die Schätzungen für den TFP-Trend und die NAWRU beruhen bis 2017 auf realisierten Daten und der WIFO-Konjunkturprognose bis 2019. Für den Zeitraum 2020/2022 wird auf Basis einer ökonomischen Extrapolation des TFP-Trends und einer technischen Annahme über den Verlauf der NAWRU der Trendoutput prognostiziert. Darüber hinaus wird die technische Annahme getroffen, dass sich die Outputlücke zum Ende des fünfjährigen Prognosezeitraumes 2018/2022 schließt.

Der Produktionsfunktionsansatz wird gegenüber rein statistischen Filtermethoden als überlegen angesehen, insbesondere, weil er einen Einblick in die Wachstumsdeterminanten liefert (Cotis – Elmeskov – Mourougane, 2005). Ein Nachteil der Methode der Europäischen Kommission liegt in der überhöhten Zyklizität des Trendoutputs, die auf eine unvollständige zyklische Bereinigung relevanter Inputgrößen zurückgeht (Darvas – Simon, 2015, Maidorn, 2018, Hristov – Raciborski – Vandermeulen, 2017). Zudem kann die Annahme, dass die Outputlücke sich gegen Ende der Prognoseperiode zwingend schließt, unrealistische Prognosen für das reale BIP implizieren<sup>1)</sup>.

Das WIFO legt daher eine alternative Berechnung vor, die sich in zwei Aspekten von der Methode der Europäischen Kommission unterscheidet. Die Erwerbsquote und die Arbeitsstunden der Erwerbstätigen pro Kopf werden stärker geglättet, wodurch der Trendoutput weniger prozyklisch wird und das durchschnittliche Wachstum des Trendoutputs etwas geringer ausfällt als gemäß der Methode der Europäischen Kommission. Als Ergebnis ist die Outputlücke (absolut) etwas größer und schwankt über die Zeit etwas stärker. Zweitens wird die Schließung der Outputlücke bis zum Ende des Prognosezeitraumes nicht erzwungen. Sie ergibt sich endogen aus der Prognose für das reale BIP und den Trendoutput. Die alternative Schätzung schließt ein Jahr mehr in den Prognosehorizont ein (2019/2023).

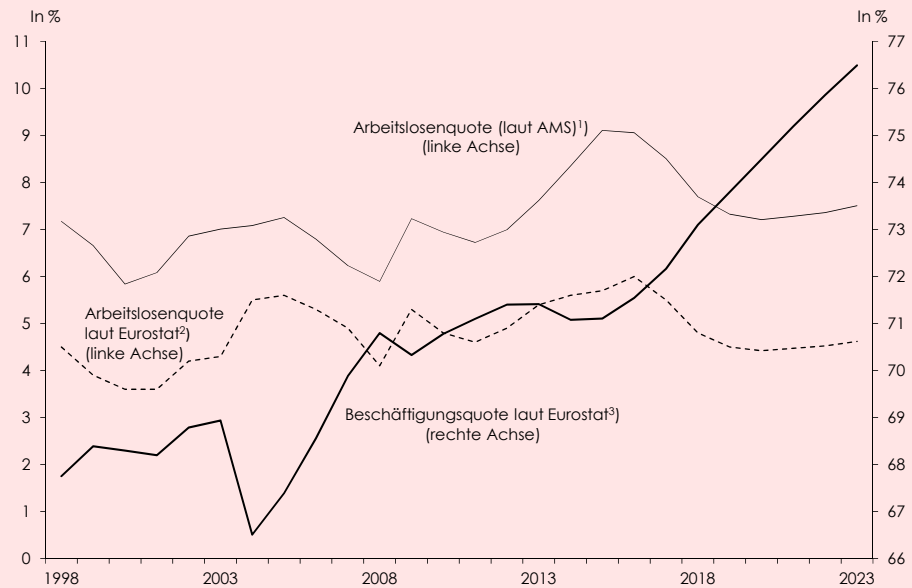
<sup>1)</sup> Diese technische Schließungsregel ist im Hinblick auf die Einführung des Familienbonus im Jahr 2019 noch problematischer als sonst: Der durch die Entlastung der privaten Haushaltseinkommen ausgelöste expansive Konsum- und BIP-Effekt kann in der Outputlücke nicht sichtbar werden.

### 2.3 Arbeitslosigkeit bleibt im langjährigen Vergleich hoch

Das erwartete durchschnittliche reale BIP-Wachstum von 1,7% p. a. wird in der Periode 2019/2023 eine Ausweitung der Zahl der unselbständigen aktiven Beschäftigungsverhältnisse um durchschnittlich 1,2% pro Jahr nach sich ziehen. Im Konjunkturverlauf schwächt sich die Beschäftigungsnachfrage ab. Vom expansiven Impuls der

Einführung des Familienbonus auf die Wirtschaftsleistung dürfte die Beschäftigung 2019 und vor allem 2020 profitieren (Baumgartner et al., 2018).

Abbildung 7: Entwicklung des Arbeitsmarktes



Q: Arbeitsmarktservice, Eurostat, WIFO-Berechnungen. – <sup>1)</sup> In % der unselbständigen Erwerbspersonen. – <sup>2)</sup> In % der Erwerbspersonen laut Labour Force Survey. – <sup>3)</sup> Erwerbstätige in % der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 bis 64 Jahre), laut Labour Force Survey.

Übersicht 5: Arbeitsmarkt, Einkommen

	Ø 2009/ 2013	Ø 2014/ 2018	Ø 2019/ 2023	2018	2019	2020	2021	2022	2023
In %									
Arbeitslosenquote									
In % der Erwerbspersonen <sup>1)</sup>	5,0	5,5	4,5	4,8	4,5	4,4	4,5	4,5	4,6
In % der unselbständigen Erwerbspersonen <sup>2)</sup>	7,1	8,5	7,3	7,7	7,3	7,2	7,3	7,4	7,5
	Ø 2008/ 2013	Ø 2013/ 2018	Ø 2018/ 2023	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Veränderung in % p. a.									
Unselbständig Beschäftigte laut VGR <sup>3)</sup>	+ 0,9	+ 1,6	+ 1,2	+ 2,2	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,0
Unselbständig aktiv Beschäftigte <sup>4)</sup>	+ 0,7	+ 1,5	+ 1,2	+ 2,5	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,3	+ 1,1	+ 1,0
Selbständige <sup>5)</sup>	+ 1,7	+ 1,5	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,0
Arbeitslose	+ 6,2	+ 1,7	+ 0,6	- 8,2	- 3,8	- 0,4	+ 2,3	+ 2,2	+ 3,1
Produktivität <sup>6)</sup>	- 0,3	+ 0,5	+ 0,6	+ 1,1	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,5
Lohn- und Gehaltssumme <sup>7)</sup>	+ 2,7	+ 3,6	+ 3,5	+ 4,8	+ 3,8	+ 3,7	+ 3,6	+ 3,3	+ 3,1
Pro Kopf, real <sup>8)</sup>	- 0,2	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,2
Lohnstückkosten, Gesamtwirtschaft	+ 2,2	+ 1,4	+ 1,7	+ 1,2	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,9	+ 1,7	+ 1,6

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – <sup>1)</sup> Laut Eurostat (Labour Force Survey). – <sup>2)</sup> Arbeitslose laut Arbeitsmarktservice. – <sup>3)</sup> Beschäftigungsverhältnisse. – <sup>4)</sup> Ohne Personen in aufrechtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. – <sup>5)</sup> Laut WIFO, einschließlich mithelfender Familienangehöriger. – <sup>6)</sup> BIP real pro Kopf (Erwerbstätige: unselbständige Beschäftigungsverhältnisse und Selbständige laut VGR). – <sup>7)</sup> Brutto, ohne Arbeitgeberbeiträge. – <sup>8)</sup> Beschäftigungsverhältnisse laut VGR, deflationiert mit dem VPI.

Der erwartete Anstieg des Arbeitskräfteangebotes (+1,1% bzw. +46.400 p. a.) resultiert auch in den kommenden Jahren aus der anhaltenden Ausweitung der Frauenerwerbsbeteiligung, der Einschränkung des Zuganges zur Früh- bzw. Invaliditätspension seit 1. Jänner 2014 und vor allem aus der Steigerung des ausländischen Arbeitskräfteangebotes (nicht zuletzt wegen der Öffnung des österreichischen Arbeitsmarktes für kroatische Staatsangehörige ab Juli 2020). Letzteres wirkt dem dämpfenden Effekt der Alterung der inländischen Erwerbsbevölkerung entgegen (Rückgang der inländischen Bevölkerung unter 50 Jahren laut Bevölkerungsprognose von Statistik Austria

vom November 2017). Die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter wächst mittelfristig um nur noch 0,1% p. a.

Der Neuzugang zur vorzeitigen Alterspension betrug im Jahr 2013 noch gut 38.000 Personen und ging bis 2015 zurück (22.700 Personen). Seither nimmt er wieder zu (2017: 27.040 Personen) und dürfte im Zeitraum 2019/2023 auf durchschnittlich 28.400 Personen pro Jahr steigen<sup>4)</sup>.

Die Zahl der ausländischen Beschäftigten stieg in den ersten neun Monaten 2018 wieder deutlich kräftiger als im Vergleichszeitraum des Vorjahres (+55.324 Personen auf 750.615 Personen, Jänner bis September 2017 +45.322 Personen, 2017 insgesamt +46.822 Personen). Der Anteil der ausländischen Arbeitskräfte an der Gesamtbeschäftigung lag damit bei rund 20%; gut 62% des gesamten Beschäftigungszuwachses entfielen auf ausländische Beschäftigte. Die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte steigt seit dem Ende der Übergangsfristen für die Freizügigkeit von Arbeitskräften aus den neuen EU-Ländern 2011 (EU-Beitritt 2004) bzw. 2014 (EU-Beitritt 2007) kräftig, aktuell insbesondere aus Bulgarien und Rumänien (Eppel et al., 2018).

Im Prognosezeitraum dürfte die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte um 31.600 pro Jahr zunehmen (2014/2018 +39.600 Personen p. a.); der Anteil der ausländischen Beschäftigten an der Gesamtbeschäftigung steigt weiter auf etwa 23%.

Die Zahl der Arbeitslosen sollte bis zum Jahr 2020 konjunkturbedingt sinken und sich danach bis 2023 auf 322.000 im Jahresdurchschnitt erhöhen, sodass sich 2020 eine Arbeitslosenquote von 7,2% der unselbständigen Erwerbspersonen (AMS-Definition) bzw. 4,4% der Erwerbspersonen (Eurostat-Definition) ergibt. Bis zum Ende des Prognosezeitraumes dürfte die Arbeitslosenquote infolge der weiteren Verlangsamung des Wirtschaftswachstums und der Zunahme des (ausländischen) Arbeitskräfteangebotes auf 7,5% steigen.

## 2.4 Weiterhin stabile Preisentwicklung

Die Rohölpreise (Sorte Brent in Dollar je Barrel) haben sich seit einem Tiefstand im Jänner 2016 (28 \$) bis Anfang Oktober 2018 (85 \$) verdreifacht. Bestimmend waren dafür die durch den Preisverfall im Jahr 2015 ausgelösten Fördereinschränkungen der OPEC-Länder und Russlands (November 2015) sowie die deutliche Nachfrageausweitung aufgrund der international lebhaften Konjunktur der letzten Jahre. Der Rohölpreisanstieg trug damit wesentlich zum Preisaufrtrieb der letzten Jahre bei.

Auf Basis der Notierungen für Futures-Kontrakte<sup>5)</sup> von Anfang September unterstellt die vorliegende Prognose ein Ende dieses rasanten Rohölpreisanstieges und ab der Jahresmitte 2019 einen leichten aber stetigen Rückgang des Rohölpreises auf 65 \$ im Jahr 2023. Der Euro-Dollar-Wechselkurs wird von 1,15 \$ je Euro (2019) bis zum Ende des Prognosehorizonts leicht anziehen (1,2 \$). Die österreichischen Importpreise werden wegen der angenommenen Rohölverbilligung, der konjunkturbedingten Abschwächung der Preisdynamik auf dem Weltmarkt sowie der unterstellten leichten Euro-Aufwertung insgesamt verhalten steigen (+0,5% p. a.).

Die Lohnkosten und die Änderung der Verbrauchsteuern und Gebühren bestimmen neben den Importpreisen die inländische Kostenseite der Preisentwicklung. Die mit November 2018 wirksam werdende Senkung des Umsatzsteuersatzes auf Übernachtungen von 13% auf 10% schlägt sich in der VPI-Gesamtentwicklung kaum nieder. Darüber hinaus werden in der Prognose keine Änderungen indirekter Steuern angenommen. Für die administrierten Preise (sie werden überwiegend von der öffentlichen Hand festgelegt und enthalten auch die im VPI erfassten Gebühren) wird weiterhin ein überdurchschnittlicher Anstieg unterstellt (2014/2018 +2% p. a.).

*Die Arbeitslosenquote (laut AMS-Definition) wird bis 2020 konjunkturbedingt auf 7,2% zurückgehen. Mit der Abflachung der Konjunktur und einem etwas stärkeren Wachstum des Arbeitskräfteangebotes wird sie bis zum Ende des Prognosezeitraumes wieder auf 7,5% steigen. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen dürfte 2023 322.000 betragen.*

<sup>4)</sup> Die relevante Altersgruppe der Frauen zwischen 50 und 59 Jahren und der Männer zwischen 55 und 64 Jahren dürfte gemäß der Hauptvariante der Bevölkerungsprognose von Statistik Austria vom November 2017 im Jahr 2019 um gut 17% und im Jahr 2023 um gut 21% größer sein als 2013 (dem Jahr vor der Verschärfung der Zugangsbedingungen zur vorzeitigen Alterspension). Der Anteil der Personen mit vorzeitiger Alterspension an der oben definierten Altersgruppe sank von 3,5% im Jahr 2013 auf 1,9% im Jahr 2015. Für die Periode 2019/2023 wird er von 2,2% auf 2,1% leicht abnehmend fortgeschrieben.

<sup>5)</sup> Die Notierungen der an Warenterminbörsen gehandelten Futures-Kontrakte spiegeln die durchschnittliche Preiserwartung der Marktteilnehmer am jeweiligen Handelstag für das dem Kontrakt unterliegende Produkt zum Kontraktende wider.

Übersicht 6: Preise

	Ø 2008/ 2013	Ø 2013/ 2018	Ø 2018/ 2023	2018	2019	2020	2021	2022	2023
	Veränderung in % p. a.								
Verbraucherpreise	+ 2,0	+ 1,5	+ 2,0	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,0	+ 1,9
Implizite Preisindizes									
Privater Konsum	+ 1,9	+ 1,7	+ 2,0	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,0	+ 1,9
Exporte	+ 1,1	+ 0,3	+ 0,5	+ 1,2	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,7
Importe	+ 1,5	+ 0,1	+ 0,5	+ 1,9	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,7
Bruttoinlandsprodukt	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,9	+ 1,7	+ 2,1	+ 1,9	+ 1,9	+ 1,9	+ 1,7

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Die Pro-Kopf-Nominallohne werden auf der Basis des prognostizierten Preisauftriebes, der Entwicklung der Produktivität und des Arbeitsmarktes im Prognosezeitraum voraussichtlich um 2¼% p. a. steigen. Die gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten, die wichtigste Determinante des inländischen Kostendrucks, erhöhen sich aufgrund des prognostizierten Wachstums von BIP und Beschäftigung um 1,7% p. a. Die Bruttoreal-löhne pro Kopf bleiben in der Gesamtwirtschaft im Prognosezeitraum mit +0,3% p. a. weiter hinter dem Wachstum der Arbeitsproduktivität (+0,6% p. a.) zurück. Die Lohnkosten sollten damit keinen übermäßigen inflationstreibenden Effekt entfalten und keine Lohn-Preis-Spirale in Gang setzen.

Der durch die Einführung des Familienbonus generierte Nachfrageimpuls dürfte ab 2020 die Inflationsrate um rund 0,1 Prozentpunkt pro Jahr erhöhen (Baumgartner et al., 2018).

Für die Periode 2019/2023 wird mit einem Preisanstieg gemäß VPI von durchschnittlich 2,0% und laut BIP-Deflator von 1,9% gerechnet. Der seit 2011 beträchtliche Inflationsvorsprung gegenüber Deutschland (Durchschnitt 2011/2017 +0,6 Prozentpunkte p. a., Durchschnitt Jänner bis September 2018 +0,4 Prozentpunkte, September -0,1 Prozentpunkt) und dem Durchschnitt des Euro-Raumes (2011/2017 +0,7 Prozentpunkte p. a., Jänner bis September 2018 +0,4 Prozentpunkte, September ±0 Prozentpunkt) nahm in den ersten drei Quartalen 2018 ab und schloss sich im September 2018. Über den Prognosehorizont wird mit einer Inflationsentwicklung im Gleichklang mit dem Euro-Raum gerechnet.

## 2.5 Deutliche Verringerung der Schuldenquote erreichbar

Im Prognosezeitraum scheint (unter den weiter unten definierten Annahmen) ein anhaltender Überschuss im Finanzierungssaldo des Gesamtstaates und damit verbunden eine deutliche Senkung der Schuldenquote möglich. In künftigen Budgets zu erwartende Steuerreformen oder etwaige zusätzliche Ausgaben sind in dieser Einschätzung nicht enthalten, die Entwicklung des Staatshaushaltes könnte daher markant ungünstiger verlaufen.

Die Prognose berücksichtigt folgende von der Bundesregierung bereits beschlossene Maßnahmen (ohne direkte Gegenfinanzierung): Einführung des Familienbonus, Anhebung der Forschungsprämie, Verzicht auf Pflegeregress, Senkung des Beitrages zum Familienlastenausgleichsfonds, Senkung des Beitrages zur Arbeitslosen- und zur Unfallversicherung. Weiters wird ein strikter Budgetvollzug insbesondere in Ausgabenkategorien mit hohem Ermessensspielraum (Vorleistungen, Förderungen) unterstellt sowie für alle gebietskörperschaftlichen Ebenen angenommen, dass auf zusätzliche den Budgetsaldo verschlechternde Maßnahmen verzichtet wird.

Mit dem Rückgang der zusätzlichen Ausgaben im Zusammenhang mit der Flüchtlingsmigration und dem konjunkturbedingt starken Anstieg der Steuereinnahmen verbesserte sich der Finanzierungssaldo nach Maastricht-Definition im Jahr 2017 auf -0,8% des BIP. Für 2018 wird eine zusätzliche Verbesserung des Saldos auf -0,1% des BIP erwartet, und bereits im Jahr 2019 könnte ein positiver Budgetsaldo erzielt werden. Diese günstige Entwicklung setzt sich annahmegemäß bis 2023 mit etwas verringerter Dynamik fort, sodass zum Ende des Prognosezeitraumes ein Budgetüberschuss von 0,4% des BIP erreichbar erscheint.



Diese deutliche Verbesserung des Maastricht-Saldos ist im Wesentlichen auf eine konjunkturbedingt äußerst günstige Einnahmenentwicklung zurückzuführen. Insgesamt wachsen im Zeitraum 2019/2023 die erwarteten Staatseinnahmen nominell mit einer Rate von 3,1% p. a. Im Vergleichszeitraum 2014/2018 war die durchschnittliche Zuwachsrate der staatlichen Einnahmen mit +2,9% merklich niedriger, vor allem aufgrund des Einnahmefalles durch die Lohn- und Einkommensteuerreform 2016.

Die Entlastung der privaten Haushaltseinkommen durch die Einführung des Familienbonus dürfte den öffentlichen Haushaltssaldo im Jahr 2019 mit gut 400 Mio. € belasten. Im Folgejahr, wenn auch der über die Lohn- und Einkommensteuerveranlagung bezogene Anteil des Familienbonus wirksam wird, dürfte sich der Budgetsaldo um weitere 700 Mio. € verschlechtern. Bis 2022 wird die kumulierte Budgetbelastung voraussichtlich 1,96 Mrd. € betragen (Baumgartner et al., 2018)<sup>6</sup>).

Die solide Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt und die Tarifprogression haben dennoch einen deutlichen Anstieg der Einnahmen aus der Lohnsteuer zur Folge (2019/2023 +4,4% p. a.). Das Aufkommen aus Sozialbeiträgen profitiert ebenfalls von der weiterhin günstigen Beschäftigungs- und Einkommensentwicklung. Die Körperschaftsteuereinnahmen entwickelten sich im Zeitraum 2014/2018 mit +6,8% p. a. äußerst günstig und werden in den nächsten Jahren aufgrund des Nachlassens der Konjunktur mit +3,0% p. a. einen geringeren Beitrag zum Aufkommen leisten. Die Einnahmen aus der Mehrwertsteuer sollten annahmegemäß im Gleichklang mit dem nominellen Konsum der privaten Haushalte steigen. Da das nominelle BIP um 3,7% p. a. wächst, ergibt sich insgesamt dennoch ein leichter Rückgang der Staatseinnahmenquote von 48,0% (2018) auf 46,9% des BIP im Jahr 2023. Dem im Regierungsprogramm genannten Ziel einer Abgabenquote von unter 40% kommen die öffentlichen Haushalte unter der No-Policy-Change-Annahme der Prognose um 0,6 Prozentpunkte näher.

Der Zuwachs der gesamten Staatsausgaben sollte im Prognosezeitraum ebenfalls etwas unter jenem des nominellen BIP liegen und die Ausgabenquote daher kontinuierlich sinken. Die Ausgabenquote beträgt 2018 noch 48,1% des BIP und wird bis 2023 voraussichtlich auf 46,4% der Wirtschaftsleistung zurückgehen. Insgesamt liegt das nominelle Ausgabenwachstum zwischen 2018 und 2023 mit 2,9% p. a. dennoch deutlich über dem Anstieg von 2,2% p. a. im Zeitraum 2014/2018.

Überdurchschnittlich nehmen vor allem die monetären Sozialausgaben zu (2019/2023 +3,6% p. a.), in erster Linie wegen der Erhöhung der Pensions- und Pflegeausgaben. Der erwartete Anstieg der sozialen Sachleistungen entspricht mit 3,5% p. a. etwa dem Wachstum des nominellen BIP, wenn wie angenommen die Bemühungen zur Begrenzung der Ausgabendynamik im Gesundheitswesen erfolgreich fortgesetzt werden. Die Beschäftigung im öffentlichen Dienst wurde in den vergangenen Jahren stark ausgeweitet (2014/2018 +1,2% p. a.), etwa im Zusammenhang mit der Flüchtlingsbetreuung und in den Bereichen Justiz und Sicherheit. Nach der Ausweitung der Beschäftigung im Staatssektor im Zusammenhang mit der EU-Ratspräsidentschaft 2018 wird für den weiteren Prognosezeitraum eine deutlich geringere Dynamik unterstellt. Aufgrund angenommener mäßiger Lohnabschlüsse werden die Arbeitnehmerentgelte im öffentlichen Bereich mit +2,8% p. a. im Prognosezeitraum etwas langsamer steigen als in der vorangegangenen Fünfjahresperiode (2014/2018 +3,0% p. a.). Insgesamt wird das Wachstum des öffentlichen Konsums im Zeitraum 2019/2023 auf jährlich nominell 2,9% geschätzt; das reale Wachstum dürfte sich auf 0,7% p. a. leicht verlangsamen (2014/2018 +1,1% p. a.).

Die Ausgaben für Subventionen werden aufgrund der Erhöhung der Forschungsprämie und des (mittlerweile wieder abgeschafften) Beschäftigungsbonus in den ersten Jahren des Prognosezeitraumes dynamisch wachsen. Die Mehrausgaben durch den Beschäftigungsbonus betragen im Zeitraum 2018/2020 zwischen 350 und 450 Mio. €, fallen jedoch wegen der vorzeitigen Abschaffung mit 2021 wieder weg. Die Prognose unterstellt eine konsequente Umsetzung der politischen Ankündigungen zur Begrenzung der Förderungsausgaben.

<sup>6</sup>) Durch die Haushaltsentlastung ausgelöste zusätzliche Nachfrageimpulse und damit verbundene Mehreinnahmen an direkten und indirekten Steuern und Sozialabgaben sind hier bereits berücksichtigt.



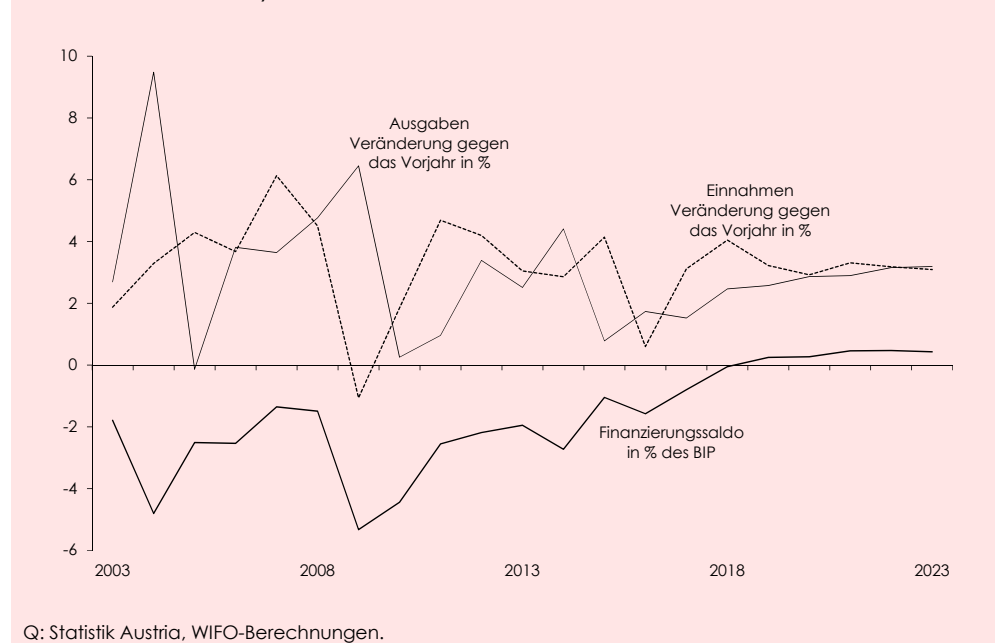
Die weiterhin günstige Entwicklung der Zinsausgaben trägt noch zur Entlastung der öffentlichen Haushalte bei. Der erwartete Anstieg der Sekundärmarktrendite wirkt sich ab der Mitte des Prognosezeitraumes auf die Zinsbelastung aus. Bis dahin können höher verzinsten Staatsanleihen noch zu niedrigeren Zinssätzen refinanziert werden. Voraussichtlich ab 2021 werden die Zinsausgaben trotz abnehmender Schuldenquote wieder steigen.

Der strukturelle Budgetsaldo (auf Basis der Outputlücke gemäß Methode und mit der Parametrisierung der Europäischen Kommission vom Mai 2018 unter Verwendung der aktuellen WIFO-Prognosewerte) lag 2017 bei  $-0,8\%$  und verbessert sich 2018 auf  $-0,7\%$  des BIP. In den Jahren 2019 und 2020 ist – vorrangig wegen der Mindereinnahmen aufgrund des Familienbonus – nur eine geringe Verbesserung des strukturellen Budgetsaldos zu erwarten. Ab 2021 sollte erstmals ein leichter struktureller Überschuss von  $0,2\%$  des BIP verzeichnet werden, der sich in weiterer Folge bis 2022 auf  $0,5\%$  erhöht<sup>7)</sup>.

Die Staatsschuldenquote wird 2018 etwa  $74,1\%$  des BIP betragen. Damit wird im zweiten Jahr in Folge die Staatsschuld nicht nur in Relation zum BIP, sondern auch in absoluter Höhe verringert, insbesondere dank der guten Verkaufserlöse der Hypo-Alpe-Adria-Abbaugesellschaft HETA Asset Resolution AG<sup>8)</sup>. So konnte bereits 2017 mit  $9,1$  Mrd. € ein deutlich höherer Erlös als erwartet aus Asset-Liquidierungen der staatlichen Bad Banks realisiert werden. Kumuliert über die Prognosejahre 2019/2023 wird eine Senkung der Staatsschuld aus Liquidierungserlösen (Stock-Flow Adjustment) um  $2,7$  Mrd. € angenommen.

Aufgrund des (unter den beschriebenen Annahmen) positiven Budgetsaldos und des Stock-Flow Adjustment aus den noch erwarteten Liquidierungserlösen könnte die Staatsverschuldung über den Prognosehorizont um  $11$  Mrd. € abgebaut werden und die Staatsschuldenquote gegen Ende des Prognosezeitraumes den Maastricht-Referenzwert von  $60\%$  des BIP erreichen. Das hier dargestellte Prognoseergebnis unterliegt aber beträchtlichen Abwärtsrisiken (Kapitel 3).

Abbildung 8: Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungssaldo des Staates (laut Maastricht-Definition)

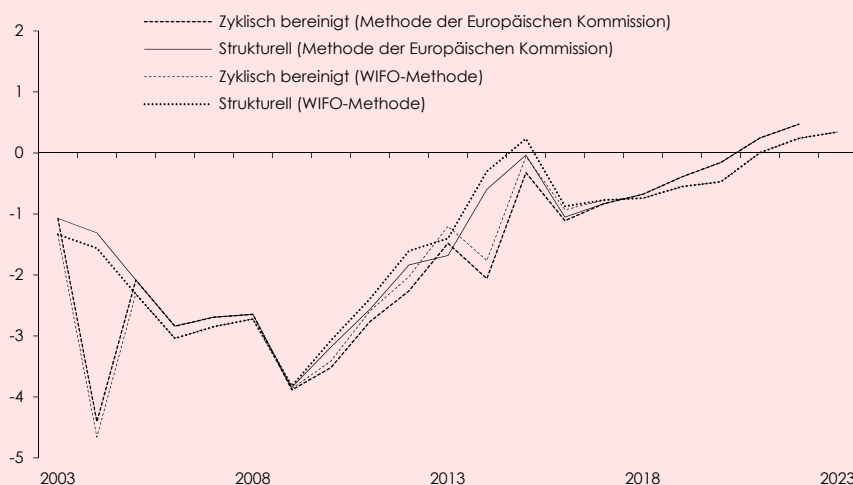


<sup>7)</sup> Die Outputlücke gemäß der Methode und mit der Parametrisierung der Europäischen Kommission vom Mai 2018 kann auf Basis der vorliegenden Informationen nur bis 2022 bestimmt werden. Gemäß einer eigenen WIFO-Schätzung der Outputlücke wäre das strukturelle Budget erst 2021 ausgeglichen, gegen Ende des Prognosezeitraumes läge der Saldo bei höchstens  $+0,3\%$ . Dies ist auf den laut WIFO-Methode bis 2019 anhaltenden Anstieg der Outputlücke ( $+1,4\%$ ) zurückzuführen, welche sich bis 2023 ( $+0,1\%$ ) auch langsamer schließt als nach der Methode der Europäischen Kommission.

<sup>8)</sup> Diese werden nicht über die Staatseinnahmen, sondern über ein "Stock-Flow Adjustment" des öffentlichen Schuldenstandes berücksichtigt.

Abbildung 9: Zyklisch bereinigter und struktureller Budgetsaldo

In % des BIP



Q: WIFO-Berechnungen.

## Übersicht 7: Staat

	Ø 2008/ 2013	Ø 2013/ 2018	Ø 2018/ 2023	2018	2019	2020	2021	2022	2023
	Veränderung in % p. a.								
Laufende Einnahmen	+ 2,5	+ 2,9	+ 3,1	+ 4,0	+ 3,2	+ 2,9	+ 3,3	+ 3,2	+ 3,1
Laufende Ausgaben	+ 2,7	+ 2,2	+ 2,9	+ 2,5	+ 2,6	+ 2,9	+ 2,9	+ 3,2	+ 3,2
Bruttoinlandsprodukt, nominell	+ 2,0	+ 3,6	+ 3,7	+ 4,7	+ 4,1	+ 3,9	+ 3,5	+ 3,5	+ 3,2
	Ø 2009/ 2013	Ø 2014/ 2018	Ø 2019/ 2023	2018	2019	2020	2021	2022	2023
	In % des BIP								
Finanzierungssaldo des Staates laut Maastricht-Definition	- 3,3	- 1,2	+ 0,4	- 0,1	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,4
Zyklisch bereinigter Budgetsaldo									
Methode der Europäischen Kommission	- 2,8	- 1,0	+ 0,0 <sup>1)</sup>	- 0,7	- 0,4	- 0,2	+ 0,2	+ 0,5	.
WIFO-Methode	- 2,6	- 0,9	- 0,1	- 0,7	- 0,6	- 0,5	+ 0,0	+ 0,2	+ 0,3
Struktureller Budgetsaldo									
Methode der Europäischen Kommission	- 2,6	- 0,6	+ 0,0 <sup>1)</sup>	- 0,7	- 0,4	- 0,2	+ 0,2	+ 0,5	.
WIFO-Methode	- 2,5	- 0,5	- 0,1	- 0,7	- 0,6	- 0,5	+ 0,0	+ 0,2	+ 0,3
Staatsschuld	81,6	80,9	64,8	74,1	70,5	67,4	64,6	62,0	59,6

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – <sup>1)</sup> Ø 2019/2022.

### 3. Prognoserisiken

Aus den internationalen Rahmenbedingungen ergeben sich durchwegs Abwärtsrisiken für die vorliegende Prognose.

Der Konjunkturaufschwung hält in den USA bereits das neunte Jahr an, und mit dem Nachlassen der expansiven Wirkungen der Steuersenkungen und dem Anstieg der langfristigen Zinssätze dürfte sich der Zinsendienst der öffentlichen Haushalte in den USA deutlich erhöhen. Würde der Ausweitung von Budgetdefizit und Verschuldung mit einer (erheblichen) Einschränkung von (in der Regel stark konsumwirksamen) Sozialausgaben begegnet, dann ginge das ab 2020 mit einer wesentlich stärkeren Abschwächung des Wachstums in den USA einher als in der Prognose angenommen<sup>9)</sup>.

<sup>9)</sup> Die öffentliche Verschuldung lag in den USA im Jahr 2017 bei 105% des BIP und war um 40 Prozentpunkte höher als 2007. Die durchschnittliche Defizitquote lag in diesem Zeitraum bei -6,5%.

Eine weitere Ausweitung protektionistischer Maßnahmen im Handelskonflikt zwischen den USA und China, aber auch der EU und die zu erwartenden Gegenmaßnahmen der betroffenen Länder bergen die Gefahr eines Handelskrieges mit markanten Nachteilen für die gesamte Weltwirtschaft. Behinderungen im Welthandel hätten aufgrund der mittlerweile sehr verzweigten weltweiten Wertschöpfungsketten auch negative Auswirkungen auf die Produktion in den einzelnen Ländern.

Die ökonomischen Auswirkungen des bevorstehenden Austrittes des Vereinigten Königreiches aus der EU bilden ein weiteres bedeutendes Risiko für die Wirtschaftsentwicklung in der EU. Eine empfindliche Einschränkung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU infolge eines "harten Brexit" würde sich zwar in erster Linie negativ auf das Vereinigte Königreich selbst, aber auch auf die Wirtschaftsentwicklung im übrigen Europa auswirken.

Die Wirtschaftsentwicklung in Italien als drittgrößtem Abnehmerland österreichischer Exporte hat große Bedeutung für die heimische Wirtschaft. Schon in den vergangenen Jahren belastete die Wachstumsschwäche die Nachfrage nach ausländischen Gütern. Im Zuge des Regierungswechsels zogen die langfristigen Zinssätze in Italien im Frühjahr um über 100 Basispunkte an, mit der Vorlage des Budgets im Herbst erhöhten sie sich neuerlich um gut 50 Basispunkte. Bei einer Staatsverschuldung von über 130% des nominellen BIP bringt das eine deutliche Belastung für den öffentlichen Haushalt mit sich. Eine weitere Anhebung der Risikoprämie für italienische Staatsanleihen dürfte aufgrund des hohen Anteils der Verschuldung zwar vorwiegend die italienische Wirtschaft belasten, eine überschießende Reaktion auf den Finanzmärkten und ein Übergreifen auf andere Euro-Länder bleibt aber eine reelle Gefahr.

Schwelende geopolitische Konflikte im Nahen und Mittleren Osten und die Spannungen zwischen Russland und der EU bergen ein Risiko für die Versorgung mit Energierohstoffen bzw. für einen Anstieg der Energiepreise und der Inflation. Darüber hinaus könnte eine Verschärfung der Spannungen im Nahen Osten oder zwischen der Türkei und der EU die Migrationsströme nach Europa wieder verstärken.

Ein Eintreten der oben diskutierten Abwärtsrisiken für die Weltwirtschaft würde die in der Prognose unterstellte Entwicklung der österreichischen Exportwirtschaft unmittelbar verschlechtern und das Wirtschaftswachstum, die Beschäftigungs- und Einkommenszuwächse in Österreich verringern.

Die mittelfristige Einschätzung der öffentlichen Haushalte birgt ebenfalls deutliche Abwärtsrisiken in sich: Zum einen dürfte sich aufgrund des Brexit der Nettobeitrag Österreichs zum EU-Budget erhöhen. Zum anderen wurden die von der Bundesregierung angestrebten Reformen der Einkommens- und Unternehmensbesteuerung sowie zur Dämpfung der kalten Progression in dieser Prognose noch nicht berücksichtigt. Sollten diese angekündigten Maßnahmen im Prognosezeitraum (teilweise) umgesetzt werden, dann fallen die Gewinne und damit tendenziell auch die Investitionen, die verfügbaren Haushaltseinkommen und in der Folge die privaten Konsumausgaben sowie die Beschäftigung höher und die Arbeitslosigkeit niedriger aus. Die damit einhergehende Stärkung der Inlandsnachfrage würde in der Folge tendenziell das Wirtschaftswachstum, die Steuereinnahmen und die Einnahmen an Sozialbeiträgen erhöhen. Die Mindereinnahmen (Senkung der Einkommens- oder Unternehmensbesteuerung, Maßnahmen zur Abfederung der Wirkung der kalten Progression) würden den Budgetsaldo verschlechtern. Der Nettoeffekt der expansiven Wirkung auf BIP, Beschäftigung und Einkommen sowie auf den gesamtstaatlichen Finanzierungssaldo über etwaige Mehreinnahmen durch die Ankurbelung der Wirtschaft hängen entscheidend von derzeit noch nicht spezifizierten Gegenfinanzierungsmaßnahmen ab. Die expansiven Effekte auf die Wirtschaftsleistung und die Entlastung des Staatshaushaltes könnten (je nach Maßnahme) dadurch (markant) geringer ausfallen.

Die in der Prognose ermittelten Haushaltsüberschüsse und die Verringerung der Verschuldung beruhen in erster Linie auf der aus dem Konjunkturszenario abgeleiteten (günstigen) Einnahmenentwicklung. Wenn die Konjunktur deutlich schwächer wird als hier unterstellt, fallen die Staatseinnahmen geringer und die Ausgaben höher aus, so dass sich der Budgetsaldo verschlechtert.

Insgesamt unterliegt der prognostizierte Budgetpfad einem ausgeprägten asymmetrischen Risiko einer ungünstigeren Entwicklung.

#### 4. Literaturhinweise

- Baumgartner, J., Breuss, F., Kaniovski, S., "WIFO-Macromod – An Econometric Model of the Austrian Economy", in OeNB (Hrsg.), "Macroeconomic Models and Forecasts for Austria", Proceedings of OeNB Workshops, 2005, (5), S. 61-86.
- Baumgartner, J., Fink, M., Kaniovski, S., Rocha-Akis, S., "Gesamtwirtschaftliche Auswirkungen der Einführung des Familienbonus Plus und des Kindermehrbetrages", WIFO-Monatsberichte, 2018, 91(10), S. 745-755, <http://monatsberichte.wifo.ac.at/61434>.
- Baumgartner, J., Kaniovski, S., "Update der mittelfristigen Prognose der österreichischen Wirtschaft 2018 bis 2022", WIFO-Monatsberichte, 2018, 91(4), S. 243-252, <http://monatsberichte.wifo.ac.at/61045>.
- Bundeskanzleramt, Arbeitsprogramm der Bundesregierung 2017-2022, Wien, 2017.
- Bundesministerium für Finanzen, Stabilitätsprogramm, Wien, 2018.
- Cotis, J. P., Elmeskov, J., Mourougane, A., "Estimates of potential output: Benefits and pitfalls from a policy perspective", in Reichlin, L. (Hrsg.), The Euro Area Business Cycle: Stylized Facts and Measurement Issues, CEPR, London, 2005, S. 35-60.
- Darvas, Z., Simon, A., "Filling the gap: open economy considerations for more reliable potential output estimates", Bruegel Working Paper, 2015, (11).
- Eppel, R., Bock-Schappelwein, J., Famira-Mühlberger, U., Mahringer, H., "Der österreichische Arbeitsmarkt seit der Wirtschaftskrise", WIFO-Monatsberichte, 2018, 91(3), S. 191-204, <http://monatsberichte.wifo.ac.at/61023>.
- Fink, M., Rocha-Akis, S., "Wirkung einer Einführung von Familienbonus und Kindermehrbetrag auf die Haushaltseinkommen. Eine Mikrosimulationsstudie", WIFO-Monatsberichte, 2018, 91(5), S. 359-374, <http://monatsberichte.wifo.ac.at/61102>.
- Grossmann, B., Hauth, E., Maidorn, S., Komplexität der EU-weiten Fiskalregeln und Gestaltungsoptionen für die subsektorale Anwendung in Österreich, Fiskalrat, Wien, 2016.
- Havik, K., Mc Morrow, K., Orlandi, F., Planas, C., Raciborski, R., Roeger, W., Rossi, A., Thum-Thysen, A., Vandermeulen, V., "The Production Function Methodology for Calculating Potential Growth Rates & Output Gaps", European Economy, Economic Papers, 2014, (535).
- Hristov, A., Raciborski, R., Vandermeulen, V., "Assessment of the plausibility of the output gap estimates", European Economy, Economic Briefs, 2017, (023).
- Maidorn, S., "Is there a trade-off between procyclicality and revisions in EC trend TFP estimations?", Empirica, 2018, 45(1), S. 59-82.
- Planas, C., Rossi, A., Program GAP. Technical description and user-manual, European Commission, JRC-IPSC, Ispra, 2018.
- Scheiblecker, M., "Abflauende internationale Konjunktur nach kräftigem Wachstum 2018. Prognose für 2018 und 2019", WIFO-Monatsberichte, 2019, 91(10), S. 679-692, <http://monatsberichte.wifo.ac.at/61429>.